



öffentlich

Betreff: Partizipativer Prozess zur organisatorischen Weiterentwicklung städtisch geförderter Projekte der (Jugend-)Soziokultur

Einreicher: FDP-Fraktion

Erstellungsdatum 04.09.2012

Eingang 902: 04.09.12

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
19.09.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Abstimmungsprozess zur organisatorischen Weiterentwicklung (jugend-)soziokultureller Projekte und Einrichtungen in Potsdam durchzuführen. Dieser soll unter Einbindung der beteiligten Akteure auf Augenhöhe stattfinden.

Ziel des Abstimmungsprozesses sollte es sein, eine Möglichkeit der räumlichen und inhaltlichen Zusammenarbeit der verschiedenen Projekte und Einrichtungen zu erarbeiten, welche direkt oder indirekt städtisch gefördert werden. Gefundene Schnittmengen und Synergieeffekte sollen dann mit dem Ziel der Ressourceneinsparung umgesetzt werden.

gez. Johannes von der Osten-Sacken
Fraktionsvorsitzender
Fraktion FDP

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

In einem Schreiben vom 23. August 2012 begrüßte der Stadtjugendring e.V. einen Vorschlag der FDP-Fraktion zur räumlichen Kooperation Jugendsoziokultureller Projekte und Einrichtungen in der Form, dass eine gemeinsame gleichberechtigte Debatte über die mögliche Zusammenarbeit durchgeführt wird. Diesem Vorschlag sollte jetzt in einer geeigneten Form nachgegangen werden.

Die im Abstimmungsprozess gefundenen Gemeinsamkeiten und möglichen Synergieeffekte in einer Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure könnten Ressourcen für die Projekte und die Stadt einsparen ohne Einbußen in Qualität und Quantität des Angebotes hinnehmen zu müssen. Voraussetzung für diesen Prozess ist die Einbindung der Akteure auf Augenhöhe sowie deren breite Zustimmung für eine räumliche Zusammenarbeit.